

Ausstellungseröffnung: Solidarität und Widerstand
Deutsch-griechische Beziehungen während der griechischen Militärdiktatur 1967-1974
InterCity Hotel, Hannover
23. November 2017, 19:30 - 21 Uhr

Vor 50 Jahren übernahm in Griechenland eine Obristenjunta durch einen Militärputsch die Macht. Das Regime hielt sich trotz griechischen und europaweiten Widerstands sieben Jahre lang. Neben anderen europäischen Ländern bildete die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiges Zentrum der Oppositionsbewegungen gegen die Obristendiktatur. Dabei spielten Parteien, Gewerkschaften und politische Stiftungen eine zentrale Rolle.

Auch Exilgriech_innen erhoben ihre Stimme, obwohl der lange Arm der Junta und deren Einschüchterungsversuche bis ins Ausland reichten. Namhafte Medien, besonders herauszuheben sind die Deutsche Welle und der Bayerische Rundfunk, verliehen dem Widerstand eindrucksvoll Bild, Text und Stimme. Die Ausstellung „Solidarität und Widerstand. Deutsch-griechische Beziehungen während der griechischen Militärdiktatur 1967-1974“ erinnert an sieben Jahre Unterdrückung durch die Obristenjunta und den internationalen Widerstand.

Die Solidarität, welche viele Griech_innen während der griechischen Obristenjunta durch die Bundesrepublik Deutschland erfahren habe, sei einer der wichtigsten Episoden der deutsch-griechischen Beziehungen. Der Kampf für die Demokratie habe Deutschland und Griechenland eng miteinander verbunden. Mit diesen Worten eröffnete der Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung, **Urban Überschär**, die Ausstellung. Es sei eine europäische Demokratiebewegung entstanden, an der besonders die Sozialdemokrat_innen unter Willy Brandt stark beteiligt waren.

In seiner Einführung betonte der Oberbürgermeister a.D. der Landeshauptstadt Hannover **Dr. h.c. Herbert Schmalstieg**, dass das Militär in Griechenland trotz der NATO- Mitgliedschaft und des Sitzes im Europäischen Rat 1967 die Macht übernahm. So schien es, als ob jegliche internationale Verpflichtung die griechischen Putschisten nicht darin einschränkte, demokratische Wahlen zu verhindern. Sie hätten sich damit über die demokratischen Grundwerte hinweggesetzt, die besonders vom Europäischen Rat repräsentiert würden. Aus diesem Grund trat Griechenland unter der Militärdiktatur später prompt aus, als dieser gegen die Putschisten gerichtlich vorgehen wollte. Es habe Gleichschaltung,



Dr. h.c. Herbert Schmalstieg

Zensur und die Inhaftierung politischer Gegner gegeben, gegen die der Europäische Gerichtshof hätte vorgehen wollen.

Auch heute würde es noch ähnliche Strukturen geben, die wie ein Putsch von oben funktionieren. Als Beispiel nannte Schmalstieg die Türkei, in der die Bürger_innen in ihren Rechten immer weiter eingeschränkt würden.

Statt die Unterdrückung zu akzeptieren, forderte Schmalstieg, dass jede_r gegen die Unterdrückung und für die Demokratie kämpfen solle. Besonders politisch Verfolgte bräuchten die Solidarität aller Bürger_innen. Es müsse wie vor 50 Jahren wieder vermehrt Aktionsbündnisse und das Engagement von Vereinen und Parteien geben, um die diktatorischen Strukturen in vielen Ländern dieser Welt zu bändigen.

Die Frage der Moderatorin **Vanessa Krukenberg**, wie der persönliche Bezug zur Militärdiktatur sei, zeigte, dass dieses Thema sehr viele Lebensläufe geprägt hat. Ob im Widerstand in Deutschland oder als Bürger_in Griechenlands, habe die Junta einen großen Einschnitt in die Demokratie und das Verständnis von einem demokratischen Europa hervorgerufen.



Vanessa Krukenberg



Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk MdB a.D.

Die Präsidentin der Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften, **Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk**, lobte besonders den Einsatz der Gewerkschaften, der Friedrich Ebert Stiftung, aber auch die Arbeit der Medien zur Zeit der Junta. Der bayrische Rundfunk und besonders die Deutsche Welle hätten es möglich gemacht, dass Griechen auch ausländische unabhängige Nachrichten erhalten konnten. Auch die Intellektuellen Günter Grass und Heinrich Böll hätten dazu beigetragen, dass viele Menschen in Deutschland ihre Unterstützung gezeigt haben.

Auch wenn der große Spuk 1974 vorbei war, habe Griechenland noch sehr lange gebraucht, um sich von dem Schock zu erholen, sagte der Vorstand der Philhellenischen Gesellschaft e.V., **Tassos Eleftheriadis**.

Erst 1981 sei das Ursprungsland der Demokratie wieder auf einen demokratischen Weg gekommen. Außerdem sei Griechenland nun erneut in einer Krise, die zwar nicht direkt mit der Militärdiktatur verglichen werden könne, aber trotzdem manche Gemeinsamkeiten aufzeige. Dabei sei allerdings das Problem, dass das Ende der aktuellen Krise nicht absehbar sei und sie sich somit noch weit in die Zukunft ziehen könne. Auch jetzt sei die Unterstützung Deutschlands gefordert. Außerdem fehle ein konkreter Austausch vieler Organisationen, um Handlungsstränge zu verknüpfen und mehr gemeinsam erreichen zu können.



Tassos Eleftheriadis



Michael Rüter

Staatssekretär a.D. **Michael Rüter** betonte, dass Deutschland auch eine wirtschaftspolitische Verantwortung gegenüber Griechenland habe. Die Rettungsprogramme der Bundesregierung unter dem damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble hätten dazu geführt, dass viele Griech_innen Frust gegenüber Deutschland entwickelt hätten. Eleftheriadis fügte hinzu, dass viele Bürger_innen Griechenlands enttäuscht von den Deutschen seien, da sie sich schlecht behandelt gefühlt hätten. Die Austeritätspolitik der Bundesregierung habe den Griech_innen einen Sparzwang auferlegt, der nicht mehr vertretbar gewesen sei und sie damit so stark eingeschränkt, dass sich ein großer Teil der Griech_innen gekränkt gefühlt habe. Diese Finanzpolitik habe das deutsch-griechische Verhältnis nachhaltig verändert. Auch die griechischen Medien hätten so angefangen, Deutschland als „Macht von oben“ darzustellen, die das Wohlbefinden der Menschen in Griechenlands negativ beeinflusst. Eine der eindringlichsten Forderungen war, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Ländern Europas gelindert werden müsse, damit junge Menschen wieder Zukunftsperspektiven haben könnten.

In der Diskussion kamen das Podium und die Teilnehmer_innen zu dem Schluss, dass es der politischen Diskussion zurzeit an Solidaritätsgedanken fehle. Der Leistungsdruck, der auf vielen Menschen laste, lasse wenig Zeit für gesellschaftliches Engagement. Deswegen seien im Besonderen die Schulen gefordert, jungen Menschen Wege zum gesellschaftlichen und politischen Engagement zu weisen.



Ausstellungstafeln im Intercity Hotel Hannover



Vlnr. Skarpelis-Sperk, Schmalstieg, Krukenberg, Eleftheriadis und Rüter



Besucher_innen betrachten Ausstellung